

Haushaltsrede 2023 der SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Knöppel,
sehr geehrter Herr Beigeordneter Leidig,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Damen und Herren,

ein herausforderndes Jahr mit sowohl positiven als auch negativen Ereignissen neigt sich dem Ende zu.

Ein Winter, ein Jahr mit einer Ballung von Herausforderungen, wie noch nie steht vor uns, steht aber insbesondere vor den Menschen unserer Stadt. Die entscheidende Frage bei unseren heutigen Beratungen des Haushaltsplanentwurfs für 2023 muss sein: Wird dieser Haushalt den Herausforderungen gerecht?

Ein Blick auf die größten Herausforderungen macht die Größe der Aufgabe deutlich:

- Eine in den Auswirkungen immer noch spürbare Corona-Pandemie
- Eine bis dahin nie dagewesene Inflation mit Preissteigerungen in nahezu allen Lebensbereichen, die nicht zuletzt auch alle städtischen Projekte und Dienstleistungen betreffen.
- Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen Auswirkungen einer beispiellosen Flüchtlingswelle

einerseits und einer kritischen Energieknappheit und Energiepreisexplosion andererseits.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Nachwirkungen von Corona sind noch nicht verarbeitet. Der bar jeder Vernunft geführte brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine jährt sich im Februar kommenden Jahres und ist verbunden mit unsäglichem Leid, das die Zivilbevölkerung heimsucht.

Erneut verlieren Menschen ihre Heimat und müssen, um ihr Leben zu retten, die Flucht antreten und ihr bisheriges Leben und ihre Lieben hinter sich lassen.

Zu unser aller Entsetzen zeichnet sich ein baldiges Ende dieses Krieges nicht ab.

Die gezielte Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur werden weitere Hunderttausende, wenn nicht Millionen in diesem Winter zur Flucht, auch nach Deutschland zwingen. Für wie lange ist überhaupt nicht abzuschätzen. Unterbringung, Integration in den Arbeitsmarkt, Kita und Schule werden uns, zumal auch die Flüchtlingszahlen aus Nordafrika, dem Nahen Osten und Afghanistan steigen, für lange Zeit herausfordern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor nicht allzu langer Zeit hätten wir uns nicht vorstellen können, dass es wieder zu einem Krieg innerhalb von Europa kommen würde.

Heute erleben wir die Auswirkungen dieser Auseinandersetzung in inflationären Preissteigerungen bei den elementaren Dingen des Lebens oder in der Sorge vieler Frankenthalerinnen und Frankenthaler, die explodierenden Energiekosten irgendwann, trotz der staatlichen Unterstützung, am Ende doch nicht mehr begleichen zu können.

Der Winter, die damit einhergehende Ungewissheit, dass es zu einer Notlage bei der Gas- und Stromversorgung kommen könnte ist weiterhin präsent und noch nicht gänzlich vom Tisch.

Alle diese genannten Faktoren mit ihren vielfältigen negativen Auswirkungen, können wir nicht durch kommunalpolitisches Handeln beeinflussen.

Wir können uns nur darauf konzentrieren, die Auswirkungen, soweit es in unserer Macht steht, zu begrenzen. Unser Spielraum ist relativ klein und doch bleiben uns auch auf kommunaler Ebene Handlungsoptionen.

Einen ersten Schritt in die richtige Richtung, der unsere volle Unterstützung finden wird, nämlich die Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe für außerplanmäßige Aufwendungen im Rahmen des Energienotfalls, werden wir, weil wir es für notwendig und unabweisbar in Anbetracht der gegenwärtigen Situation halten, zustimmen.

Ein solches bis dahin für undenkbar gehaltenes Krisen- und Notfallszenario hat zusammen mit den Erfahrungen aus der Katastrophe im Ahrtal unser aller Bewusstsein für die Bedeutung einer Vorsorge für solche Extremlagen wieder geschärft.

Deshalb begrüßen und unterstützen wir die Neuordnung und weitere Professionalisierung des Bereichs Brand- und Katastrophenschutz. Dabei nicht zu vergessen auch die Neubewertungen und Attraktivierung der Führungspositionen, um die Gewinnung von qualifiziertem Personal endlich zu ermöglichen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt für das Jahr 2023 schließt erfreulicherweise mit einem Überschuss in Höhe von cirka 3,7 Mio. Euro ab, so der aktuelle Stand.

Aber seien wir realistisch, dies ist nicht allein einer umsichtigen Finanzpolitik der Verwaltung zu verdanken, sondern beruht zu einem Großteil darauf, dass das Land endlich den kommunalen Finanzausgleich neu und an den Bedarfen der Kommunen ausgerichtet hat. Das spült uns im nächsten Jahr cirka 10 Mio. € zusätzlich in unsere klamme Stadtkasse, ohne die wir immer noch defizitär wären.

Damit schwimmen wir beileibe aber nicht in Geld. Wir müssen auch in Zukunft uns bei unseren Ausgaben konsequent und sparsam an unseren Möglichkeiten orientieren. Unser Haushalt ist kein Wunschkonzert. Wollen wir an dem Programm zur teilweisen Entschuldung von den Altlasten der Kassenkredite teilnehmen, wird das nur mit einem ausgeglichenen Haushalt möglich sein.

Ein erheblicher Stolperstein auf diesem Weg werden die Verluste unserer Eigenbetriebe, der Stadtklinik, dem EWF und dem CFF sein, die irgendwann vom Träger der Stadt abgetragen werden müssen.

Dies ist noch ein weiter Weg und wird z. B. angesichts des kumulativen Defizits unserer Stadtklinik – im nächsten Jahr - in Höhe von 28,6 Mio. € zu einer Klippe, die fast unüberwindbar erscheint.

Ein wesentlicher Teil dieses Defizits hängt ohne Zweifel von den gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Klinikfinanzierung und den Kapazitäts- und Leistungsbeschränkungen, infolge der Corona-Pandemie ab, welche auch andere Kliniken zu beklagen haben, aber ein Teil, einige Millionen dieser Verluste,

insbesondere aus den Jahresabschlüssen 2019 und 2020 ist auch hausgemacht.

Damit meine ich nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtklinik, die sich mit Einsatz bis über ihre Grenzen hinaus, dem Wohle Ihrer Patientinnen und Patienten widmen. Diese verdienen unseren Respekt, unser Vertrauen und unsere Wertschätzung.

Insoweit möchte ich jetzt schon ausdrücklich unterstreichen, dass wir keinen Weg der Konsolidierung der Finanzen der Stadtklinik mitgehen werden, die auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtklinik ausgetragen werden soll.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

vielmehr liegt die Verantwortung doch ganz wo anders. Es wurde damals in einer beispiellosen Jagdeifer nach Verfehlungen, die Stadtklinik nach links gedreht. Berater- und Rechtsanwälte ohne Rücksicht auf Kosten für viel Geld auf Kosten des Steuerzahlers, aber mit minimalem Ergebnis und zahlreichen Niederlagen vor dem Arbeitsgericht eingekauft.

Der in der Tagesordnung vorgeschlagene erste Schritt beim Verlustausgleich und die Zuführung von 500.000 € zum Eigenkapital der Stadtklinik, werden wir mittragen. Aber auch im Wissen, dass das doch am Ende nur Tropfen auf einem heißen Stein sind.

Dies auch noch zu einem denkbar schwierigen Zeitpunkt, wo wir gerade die Erweiterung der Klinik begonnen haben für die wir zwar einen Zuschuss von 30 Mio. € erhalten, gleichzeitig aber 10 Mio. Eigenbetrag aufbringen müssen. Die Klinik wird diesen Anteil absehbar nicht erwirtschaften können. Dieser Anteil ist vom Träger aufzubringen.

Insoweit brauchen wir schnell Lösungsansätze, auch sicher neue Abrechnungsmodalitäten, die derzeit im Bund zur Debatte stehen, damit wir auf der einen Seite das bisherige Defizit verträglich abbauen und auf der anderen Seite eine Umkehr gelingen kann, um dem defizitären Fahrwasser zu entkommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

alle Menschen sind klug, die einen vorher, die anderen nachher, sagte schon Voltaire.

Entscheiden sie selbst, zu welcher Gattung Mensch sie in der gegenwärtigen Klimakrise, deren Auswirkungen, wir hautnah erleben und die selbst den größten Bedenkenträger überzeugen müsste, gehören möchten.

Das Klima gönnt uns keine Pause. Die Politik setzt den Rahmen, aber wir als Gesellschaft müssen gemeinsam den Weg gehen und alle sollten an der Umsetzung beteiligt sein, so die Kuratoriumsvorsitzende Rita Schwarzelühr-Sutter von der deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Erste Arbeitsgruppen bestehend aus Mitarbeitern der Verwaltung, aus der Politik und Bevölkerung, die sich diesen Fragestellungen widmen, sind ein Anfang. Hier muss es nicht zwangsläufig ein hochkomplex technisches Thema sein, selbst einfache Vorschläge, die schnell umsetzbar sind, bewirken eine Veränderung und sorgen für eine Identifikation und Verständnis für die Thematik.

Warum keinen Wettbewerb in den Schulen ausschreiben? Warum Themeninhalte nicht clustern? Wie können wir gemeinsam Frankenthal klimafreundlicher gestalten. Was sind die Vorstellungen der jungen Menschen zu einem klimafreundlichen Frankenthal.

Eine erste Runde zum Thema Photovoltaik hat stattgefunden, aber reicht das aus, um alle ins Boot zu bekommen?

Richtig ist es auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Stadt alle Fördertöpfe anzuzapfen, so sollten die Zuschüsse aus dem Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation, kurz Kipki, in den Planungen Berücksichtigung finden.

Notwendig ist auch, bestimmte Konzepte hin zu einer Mobilitätswende parallel intensiv weiterzuverfolgen, wie z. B. das Radwegekonzept oder das Parkraumbewirtschaftungskonzept, das seit Jahren, weil es ein heißes Eisen ist, in den Schubladen der Verwaltung schlummert.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist aber, von vorneherein beim Bauen und Planen, die Perspektiven von Klimaschutz und Nachhaltigkeit bereits in der Planung zu berücksichtigen und neue Wege zu gehen z. B. das Thema der Fassadenbegrünungen zu forcieren. Ein Thema, das beispielsweise in unserer Nachbarstadt Mannheim Schnee von gestern ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

in Vorbereitung auf meinen Redetext habe ich mir die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters auch zum Thema „Planen und Bauen“ durchgelesen. Hier heißt es, ich zitiere: „Oft muss man den Eindruck gewinnen, dass es auch die Gremien sind, die unliebsame Entscheidungen nicht treffen oder mit neuen Prüfanträgen auf die lange Bank schieben wollen“. Zitat Ende.

Bemerkenswert.

Es liegt also – nach Ansicht des Oberbürgermeisters nicht in seiner, sondern in der Verantwortung der Gremien, dass viele Planungsvorhaben nicht vorankommen, die meisten mit viel Publicity angekündigten Baugebiete immer noch ohne abschließende Beschlussfassung nur auf dem Papier stehen.

Eine bemerkenswerte Form von Stadtratsbeschimpfung.

Unzählige Male haben wir auf den Wohnungsmangel aufmerksam gemacht, haben insbesondere den Bedarf an Mietwohnungen für Familien, Seniorinnen und Senioren, junge Menschen die günstigen Wohnraum suchen herausgearbeitet und auf eine rasche Umsetzung gedrängt. Wenig ist vorangekommen, nicht zuletzt, weil es viel Personal im entsprechenden Bereich der Verwaltung nicht lange gehalten hat.

Das Baulückenkataster für die Innenstadt, welches wir zu Beginn der Legislaturperiode beantragt hatten, liegt uns bis dato nicht vor.

Zukunftsvisionen, wie eine ganzheitliche ökologische Stadtplanung aussehen kann, wurden nicht thematisiert, aber gerade mit diesem Austausch in den Gremien, hätte sich ein zukünftiger Fahrplan herausarbeiten lassen. Stattdessen wurden Insellösungen präsentiert, die sich nicht umsetzen ließen oder immer noch auf Halde liegen und mit einer Prioritätenliste abgearbeitet werden sollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Ende des Jahres wurde es im Bereich der integrativen Kindertagesstätten nochmal recht spannend, denn deren Finanzierung stand zunächst auf der Kippe, da sich durch die Einführung des SGB IX, die bisherige pauschale Finanzierung ab dem 01.01.2023 auflöst.

Der Kompromiss der in Frankenthal gefunden wurde, um die Integrative Kita weiterbetreiben zu können, ist im Sinne der Kinder und Eltern sehr zu begrüßen. So muss Kommunalpolitik sein, nah am Menschen und deren Bedürfnissen.

In der Tat bleiben aber das fehlende Personal für unsere Kindertagesstätten und die dadurch entstehenden Lücken in der Betreuung, das größte Manko in diesem Bereich. Es ist paradox, dass ein Gesetz einen Anspruch auf einen Kita-Platz begründet, es aber realiter nicht umgesetzt werden kann.

Der Bau neuer Kitas in Frankenthal, um den Betreuungsbedarf die langen Wartelisten abzubauen, kommt wegen der schwierigen Standortfindung aber auch wegen der Umsetzung der Planungs- und Baumaßnahmen nicht so voran, wie wir es uns vorstellen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

bei Durchsicht der neu geschaffenen Stellen ist uns die Stelle des Recruiting Managers aufgefallen. Sinnbildlich dachte ich an Uncle Sam, der mit starrem Blick und den Worten, I want You, versucht junge Männer zu ködern in die Armee einzutreten.

Die Frage sei gestattet, brauchen wir das nun wirklich?

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde uns vorgetragen, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen und gehalten werden sollen.

Schon sehr lange fragen wir uns, ob der Hase nicht woanders begraben liegt und die Gründe der ungewöhnlich hohen Fluktuation in einigen Bereichen der Verwaltung ganz woanders zu verifizieren sind.

Seltsam, dass die Mitarbeiter*innen, die der Stadt den Rücken gekehrt haben, woanders zufrieden ihrer Tätigkeit in genau der gleichen Position nachgehen und von ihren Vorgesetzten

lobend hervorgehoben werden. Mittlerweile sind es in manchen Bereichen der Verwaltung in kürzester Zeit mehr „Ehemalige“ als Mitarbeiter*innen.

Laut Stellenplan fehlten ja Mitte des Jahres 56 Beamte und 121 Beschäftigte im Tarifbereich.

Dabei ist es doch eigentlich einfach, Engagement wird durch Wertschätzung, Verständnis und Vertrauen erlangt. Systeme der Repression und des Misstrauens, der Kontrolle, dass keine Fehler gestattet und diese ahndet, führen doch erst zu Dienst nach Vorschrift.

Insoweit würden wir eine Mitarbeiterbefragung, welche vorgeschlagen wurde begrüßen, a b e r was soll diese bringen, wenn eine solche Befragung nicht umgesetzt, in der Schublade verschwindet und alles beim Alten bleibt, weil der Bedarf der Veränderung nicht gesehen und auch nicht gewollt ist.

Nichts könnte demotivierender für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Verwaltung sein.

Schlussendlich sind es nicht die Gremien und die Verwaltungsspitze, die Tag für Tag dafür sorgen, dass Sozialleistungen ausgezahlt, der Müll abgeholt wird, Anträge bearbeitet, unsere Kinder betreut, der Kinderschutz sichergestellt, im Notfall die Feuerwehr bereitsteht, Führerscheine und Aufenthaltserlaubnisse ausgestellt und so vieles mehr geleistet wird.

Dies sollten wir nicht vergessen und wertzuschätzen wissen, auch wenn es mal nicht so rund läuft, ganz abseits von den üblichen leeren Dankesfloskeln. Taten zählen nicht Worte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

werte Kolleginnen und Kollegen,

Ich konnte in meiner Reden nur einige Aspekte der kommunalpolitischen Herausforderungen des nächsten Jahres streifen. Um auf meine Eingangsfrage zurückzukommen, ob dieser Haushalt den außergewöhnlichen Belastungen unserer Zeit gerecht wird lautet die Antwort: In großen Teilen sind die Probleme erkannt, Lösungen angedacht oder schon auf dem Weg gebracht. Mit großem Vertrauensvorschuss werden wir diesem Haushalt zustimmen, wissend, dass auch das Papier auf den dieser Haushaltsentwurf gedruckt ist, sehr geduldig ist.

Schließlich haben wir in Frankenthal weniger einen Mangel an Konzeptionen und Verkündung von Leuchtturmprojekten, als einen Mangel an Umsetzung in die aktive Praxis.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein paar ruhige, erholsame und besinnliche Weihnachtsfeiertage.

Auf ein gutes und spannendes neues Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

